



Vorlage an den Landrat

Bericht zum Postulat Urs Wüthrich-Pelloli: Lehrstellenoffensive (2003/066)

vom 12. Oktober 2004

Am 20. Februar 2004 hat Herr Urs Wüthrich-Pelloli ein Postulat betreffend Lehrstellenoffensive mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Die Umsetzung der Lehrstellenbeschlüsse 1 und 2 im Kanton Basel-Landschaft ist eine Erfolgsgeschichte. Dank der konstruktiven Zusammenarbeit und dem Engagement des Amts für Berufsbildung und Berufsberatung und den Sozialpartnern konnte sowohl die Zahl der Lehrstellen deutlich erhöht als auch zusätzliche Betriebe für die Uebernahme von Ausbildungsverantwortung motiviert werden. Der kantonale Lehrstellenförderer leistet permanent Ueberzeugungsarbeit bei der regionalen Wirtschaft. Ueber die zahlenmässige Verbesserung des Ausbildungsangebots hinaus werden unter Einbezug der Fachstelle für Gleichstellung Anstrengungen zur Verbesserung der Chancengleichheit in der Berufsbildung unternommen.

Leider bleibt auch der Kanton Basel-Landschaft vom aktuellen Einbruch auf dem Lehrstellenmarkt nicht verschont. Der Rückgang fällt im Vergleich zu andern Kantonen in Baselland zwar moderater aus. Weil ein Drittel der baselbieter Jugendlichen die Ausbildung in Basel-Stadt absolviert, sind sie mit dem deutlichen Rückgang der Ausbildungsplätze in diesem Kanton direkt konfrontiert.

In einer aktuellen Studie im Kanton Zürich nennen die Lehrbetriebe, die weniger Ausbildungsplätze anbieten als wichtigste Argumente für den Abbau an erster Stelle, die fehlende Verfügbarkeit qualifizierter Ausbilderinnen und Ausbilder (zum Teil als Folge von Umstrukturierungen) sowie die personellen Belastungen durch den Ausbildungsauftrag. Erst an dritter Stelle wird das veränderte wirtschaftliche Umfeld genannt.

Die verschärfte Situation auf dem Lehrstellenmarkt ist nicht einfach Schicksal. Entschlossenes Handeln bringt Erfolg.

Ich ersuche deshalb den Regierungsrat, unverzüglich eine kantonale Lehrstellenoffensive zu starten. Unter Einbezug der Sozialpartner ist ein Massnahmenpaket zu entwickeln, das insbesondere Anstrengungen in den Bereichen Ursachenforschung, Unterstützung und Beratung der Jugendlichen bei der Lehrstellensuche, Beratung und Begleitung der Lehrbetriebe bei der Auswahl und bei der Erfüllung des Ausbildungsauftrags vorsieht. Soweit möglich sind allfälligen Projekte in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt zu realisieren. Bei Bedarf sind dem Landrat die erforderlichen Mittel zu beantragen.

Bericht des Regierungsrates

1. Ausgangslage

1.1. Was will das Postulat?

Das von Urs Wüthrich-Pelloli eingereichte Postulat verlangt vom Regierungsrat, dass er angesichts des auch in Baselland feststellbaren Lehrstellenrückgangs eine kantonale Lehrstellenoffensive unter Einbezug der Sozialpartner lanciert. Dabei soll ein Massnahmenpaket geschnürt werden, das Anstrengungen in den Bereichen Ursachenforschung, Unterstützung und Beratung der Jugendlichen bei der Lehrstellensuche, Beratung und Begleitung der Lehrbetriebe bei der Lehrlingsauswahl und bei der Erfüllung ihres Ausbildungsauftrags vorsieht. Zudem sollen soweit möglich allfällige Projekte in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt realisiert werden.

1.2. Zur aktuellen Situation des Lehrstellenmarktes

Müsste man die aktuelle Lage des Baselbieter Lehrstellenmarktes – also das Lehrstellenangebot, die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverhältnisse und die bei Lehrbeginn offen gebliebenen Lehrstellen – zusammenfassend beschreiben, müsste man von einer angespannten, aber nicht dramatischen Lehrstellensituation sprechen.

Tabelle 1: In Baselland insgesamt als offen gemeldete Lehrstellen 2001-2004

Lehrbeginn	offene Lehrstellen Basel-Landschaft
2001	1 302
2002	1 195
2003	1 208
2004	1 193

Es bestehen keine gesetzlichen Vorschriften betreffend Meldung von offenen Lehrstellen, deshalb werden den Ämtern für Berufsbildung und Berufsberatung auf die mehrmals jährlich durchgeführten Umfragen nur schätzungsweise 2/3 der tatsächlich zu besetzenden Ausbildungsplätze gemeldet. Wenig erstaunlich ist, dass ausgerechnet im Falle von Berufen die Meldebereitschaft der Lehrfirmen gering ist, die sich bei den Lehrstellen suchenden Jugendlichen einer grossen Nachfrage erfreuen – dazu gehören Berufe wie Medizinische Praxisassistentin und Informatiker/in.

Tabelle 2: In Baselland neu abgeschlossene Lehrverhältnisse 2001-2004 (Stichtag: 1.9.)

Jahr	neue Lehrverhältnisse Basel-Landschaft
2001	1'682
2002	1'678
2003	1'650
2004	1'685

Die Entwicklung der Lehrvertragszahlen zeigt, dass der Lehrstellenmarkt in den letzten Jahren doch sehr stabil ist, d.h. es ist bei der hiesigen Wirtschaft nach wie vor eine grosse Bereitschaft zur Ausbildung des Berufsnachwuchses vorhanden. Besonders erfreulich ist, dass auch der Bestand an Berufslernenden in den kaufmännischen Berufen trotz Arbeitsplatzabbau im Dienstleistungssektor und trotz neuer Ausbildungsvorschriften, die die Lehrlingsausbildung für die Lehrfirmen aufwändiger machen, in etwa gehalten werden konnte – nicht zuletzt wegen des im Zusammenhang mit dem Lehrstellenbeschluss 2 realisierten KV-Lehrbetriebsverbunds der Wirtschaftskammer Baselland.

Ein wichtiger Indikator für den Zustand des Lehrstellenmarktes ist auch die Anzahl der offen gebliebenen Lehrstellen bei Lehrbeginn (also Lehrstellen, die angeboten wurden, aber nicht besetzt werden konnten). Und hier zeigt sich, dass der langfristige Trend nach unten zeigt, was nichts anderes heisst, als dass eine zunehmende Zahl Jugendlicher nicht mehr unter mehreren Berufen eine Auswahl treffen kann, sondern froh sein kann, überhaupt noch eine Lehrstelle gefunden zu haben.

Tabelle 3: Entwicklung der bei Lehrbeginn als offen gemeldeten Lehrstellen / Baselland 1990-2004

Jahr	Offen gebliebene Lehrstellen Basel-Landschaft
1990	825
1991	853
1992	750
1993	582
1994	289
1995	326
1996	196
1997	79
1998	137
1999	128
2000	176
2001	194
2002	164
2003	118
2004	79

Schliesslich hat auch der Anteil derjenigen Schulabgängerinnen und Schulabgänger zugenommen, die vor Übertritt in eine berufliche Ausbildung ein Brückenangebot besuchen. Immerhin rund 90% dieser Gruppe finden aber nach diesem Zwischenjahr eine geeignete Anschlusslösung.

Tabelle 4: Eintritte von Baselbieter Schulabgängerinnen und Schulabgängern in ein Brückenangebot (Vorlehren / 10. Schuljahre) 2000/01-2004/05

Schuljahr	Werkjahr	Real/BWK	Sek. AA	andere	alle
2000/01	20	258	134	64	476
2001/02	28	276	117	68	489
2002/03	20	252	120	49	441
2003/04	18	313	94	55	480
2004/05	34	296	89	54	473

Generell ist die Lehrstellensituation in den vergangenen Jahren tatsächlich um Einiges schwieriger geworden. Dies gilt ganz speziell für Abgängerinnen und Abgänger von Schulen mit tieferem Anspruchsniveau (Werkjahr, Berufswahlklassen) und generell für Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit schulischen, sozialen oder sprachlichen Defiziten.

2. Was wurde bisher zur Verbesserung der Lehrstellensituation unternommen?

2.1. Bundeslehrstellenbeschlüsse 1 und 2, Impuls-Programm „Chance“ und Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes

Die Umsetzung der Lehrstellenbeschlüsse 1 und 2 in unserem Kanton in den Jahren 1997-2004, die auch im Postulat positiv erwähnt wurde, geschah in enger Zusammenarbeit zwischen dem Kanton (vertreten durch das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung), den Sozialpartnern (Gewerkschaftsbund Baselland, KV Baselland, Wirtschaftskammer Baselland und Handelskammer beider Basel) und der Fachstelle für Gleichstellung. Wo es sich machen liess, wurden Projekte darüber hinaus gemeinsam mit Basel-Stadt konzipiert und realisiert (Beispiele: Umsetzung der KV-Reform, Einführung Informatik-Basislehrjahr, Projekte „Mädchen werden Informatikerinnen“ und „Lehrplatz für Migrantinnen“). Daneben gab es aber auch reine Baselbieter (Beispiel „Lehrstellenförderer“) oder baselstädtische Projekte (Beispiel „Rent a Stift“).

Auch im Rahmen des Impuls-Programmes „Chance“ wurden verschiedene Projekte lanciert, die sich inzwischen als wichtige Institutionen etabliert haben und rege in Anspruch genommen werden. Hierzu gehören insbesondere die Jugendberatungsstelle „wie weiter?“ in Birsfelden und das Angebot „E Lehr mit Kick“.

Selbstverständlich wird auch die Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes, ein Mehrjahresprojekt von erheblicher Trag- und Reichweite, in enger Kooperation mit den Sozialpartnern und mit Basel-Stadt erfolgen. Gemeinsame Lösungen werden insbesondere angestrebt bei der Festlegung von Schulorten für bestimmte Berufe, die Realisierung der neuen zweijährigen Grundbildung mit Attest samt den Angeboten der individuellen Förderung und bei der Entwicklung eines gemeinsamen Abgel-

tungsmodells für die von den Organisationen der Arbeitswelt erbrachten Ausbildungsleistungen im Rahmen der überbetrieblichen Kurse.

2.2. „Junior Job Service“

Im Rahmen des Projekts „Junior Job Service“, das vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) und vom Kanton Basel-Landschaft (mit Mitteln aus dem Impuls-Programm „Chance“) gemeinsam finanziert wurde, hat in den Jahren 2003 und 2004 ein befristet angestellter Lehrstellenvermittler Jugendlichen mit Schwierigkeiten bei der Lehrstellensuche geholfen, doch noch zu einer gangbaren Lösung zu finden. Einige von ihnen wussten nicht, wie und wo sie sich bewerben sollten, andere waren nach vielen erfolglosen Bewerbungen schon so entmutigt, dass sie der Aufmunterung und Unterstützung durch den „Junior Job Service“ bedurften, um es erneut zu probieren, vielleicht auch in einem anderen Beruf.

2.3. Projekt „Mentoring“

Das „Mentoring“-Projekt ist eine Weiterentwicklung des erfolgreichen Lehrstellenbeschluss 2-Projekts „Lehrplatz für Migrantinnen“. Das gemeinsam mit Basel-Stadt realisierte „Lehrplatz“-Projekt richtete sich an Migrantenjugendliche weiblichen Geschlechts, denen das Vorbild sogenannter „Avanti-Frauen“ (das sind erfolgreich in den Arbeitsprozess und in die hiesige Gesellschaft integrierte Migrantinnen) und des Mentoring von Patinnen der Einstieg in eine Berufsausbildung erleichtert oder sogar erst ermöglicht werden sollte. Aufgrund der dabei gesammelten Erfahrungen wurde für das „Mentoring-Projekt“ die Zielgruppe um männliche Migrantenjugendliche und um Schweizerinnen und Schweizer mit vergleichbaren Berufseinstiegsschwierigkeiten erweitert. Dieses Projekt wird ebenfalls mit Basel-Stadt gemeinsam durchgeführt und vom Bund mitfinanziert.

2.4. FAGE-Projekt

Das Projekt FAGE (FAGE steht für Fachangestellte/r Gesundheit) wird nach gut zweijähriger Projektphase ab Schuljahr 2004/05 umgesetzt: In der neu im Spengler-Areal in Münchenstein sich befindenden Berufsfachschule Gesundheit (früher: Berufsschule für Pflege) werden seit diesen Sommer die ersten 60 Lernenden des neuen Berufs Fachangestellte/r Gesundheit (je 30 mit Lehrort in Baselland und Basel-Stadt) unterrichtet, wobei sich bei der neuen Ausbildung Spitäler, Alters- und Pflegeheime und Spitex-Organisationen als Lehrbetriebe zur Verfügung gestellt haben. Bis in zwei Jahren wird dieser Beruf in unserer Region eingeführt sein, und es scheint, dass sowohl das Lehrstellen-Angebot wie die Nachfrage nach oben zeigen. Wir rechnen ab 2006 mit dem Abschluss von jährlich ca. 100 neuen FAGE-Lehrverhältnissen in beiden Basel. Parallel dazu wird voraussichtlich auf 2006 auch im Bereich Pflege eine zweijährige Grundbildung mit Attest angeboten, zudem ist vorgesehen, auch für Erwachsene, die einen Berufsabschluss im Gesundheitswesen nachholen möchten, entsprechende Angebote zu entwickeln. Nebenbei: Während Baselland im Auftrag beider Basel die Berufsfachschule Gesundheit führt, wird Basel-Stadt die Trägerschaft für die Ausbildungen im Gesundheitswesen des Tertiärbereichs übernehmen.

2.5. Lehrbetriebsverbünde

Analog zum schon erwähnten, erfolgreich eingeführten KV-Lehrbetriebsverbund der Wirtschaftskammer wird gegenwärtig im Rahmen eines Lehrbetriebs-Verbunds-Projekts versucht, weitere Lehrbetriebsverbünde zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu schaffen. Ziel ist, dass nach der Pionierphase die Geschäftsstelle eines Verbunds sich am Sitz der jeweiligen Organisation der Arbeitswelt befindet. Auch bei diesem Projekt, das eben erst gestartet ist, teilen sich das BBT und der Kanton Basel-Landschaft in der Projekt-Finanzierung.

2.6. Fr. 200.- als Dankeschön für die Lehrlingsausbildung

Als jüngste Massnahme, die der Lehrstellenförderung dient, wurde mit der Inkraftsetzung der Verordnung für die Berufsbildung die Einführung einer Entschädigung von Fr. 200.- pro durchgeführte Lehrabschlussprüfung an die Lehrbetriebe ab 2004

beschlossen. Die Beteiligung an den Prüfungskosten der Lehrbetriebe kostet den Kanton jährlich rund Fr. 290'000.-. Zusammen mit einem Dankesbrief für das Engagement für die Lehrlingsausbildung erhalten die Ausbildungsbetriebe einen Barscheck, den sie bei jeder Kantonalbankfiliale einlösen können. Die ersten Reaktionen auf diese Geste des Kantons sind – wenig überraschend – positiv.

3. Ausblick

Wie gezeigt, laufen auf verschiedenen Ebenen Bestrebungen, damit den Baselbieter Schulabgängerinnen und Schulabgängern auch längerfristig ein genügend grosses und attraktives Lehrstellenangebot zur Verfügung steht. Die getroffenen Massnahmen und Projekte zeigen auch Wirkung, ist doch der Lehrlingsmarkt in unserer Region weniger angespannt und weniger dramatisch als in anderen Kantonen unseres Landes. Das Grundproblem ist jedoch weiterhin, dass genügend Ausbildungsplätze für die Jugendlichen angeboten werden. Die Anstrengungen zur Schaffung von Ausbildungsstellen (Lehr- und Vorlehrstellen) dürfen deshalb auf keinen Fall reduziert werden. So beabsichtigt z.B. der Regierungsrat, den Auftrag an die Wirtschaftskammer zur Lehrstellenförderung zu verlängern.

Spezielle Aufmerksamkeit müssen wir schulisch schwächeren Jugendlichen schenken, die nur mit Mühe eine Lehrstelle finden. Die durch das neue Berufsbildungsgesetz geschaffene Möglichkeit der Attestausbildung müssen wir in unserem Kanton forcieren. Ausbildungsbetriebe werden die notwendigen Stellen jedoch nur anbieten, wenn sich der Betreuungsaufwand in Grenzen hält. Fachkundige, individuelle Begleitung ist ohne finanziellen Aufwand nicht möglich. Zu gegebener Zeit müssen deshalb die nötigen Ressourcen für die Realisierung der Attestausbildung zur Verfügung gestellt werden.

Die vom Postulanten angeregte Lehrstellenoffensive unter Einbezug der Sozialpartner erscheint dem Regierungsrat nicht nötig, da die Sozialpartner im Bereich Berufsbildung bereits eng zusammenarbeiten, sei es bei der Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes, sei es bei der Realisierung der verschiedenen - bereits erwähnten - Projekte.

4. Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, das Postulat 2003/066 abzuschreiben.

Liestal, 12. Oktober 2004

Im Namen des Regierungsrates

der Präsident: Ballmer

der Landschreiber: Mundschin

Beilage:

- Postulat 2003/066